



Freerk Huisken

Bundestagswahl 2013:

Der Denkkzettel-Nichtwähler

Neulich hat sie sich bei Jauch im Gasometer zu Berlin getroffen, die Spezies der Denkkzettel-*Nichtwähler* - nicht zu verwechseln mit den Protest-*Wählern*. In einer Talkrunde zur besten Sendezeit - nach dem Tatort - wurde sie vorgestellt. Sie stellte das Publikum und majorisierte auch die Talkrunde. Was ist der ARD da eingefallen: Werbung für Wahlenthaltung? Das kann bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ja wohl nicht sein. War es denn auch nicht. Was dann?

Es bleiben einige Fragen offen:

Liebe Denkkzettel-Nichtwähler,

sehe ich das richtig, dass Sie nichts lieber täten, als am 22.9. zur Wahl zu gehen? Liege ich richtig, wenn ich Sie sogar zu den eigentlich überzeugtesten Anhängern dieses Kernstücks der parlamentarischen Demokratie zähle? Und trifft es zu, dass der Grund für Ihre diesmalige Wahlabstinz eine *Enttäuschung* ist, die Ihnen, den geradezu passionierten Wählern, die Politik bereitet, besser: die Politiker bereiten?

Als Wähler fühlen Sie sich, so konnte man vernehmen, dadurch unterfordert und in der *Wählerehre* angegriffen, dass Ihnen diesmal erstens *keine Alternativen* vorge-setzt werden und dass die Politiker im Wahlkampf zweitens erneut nur *Lügen* und *leere Versprechungen* von sich geben. Dazu einige Anmerkungen, die Ihre moralisch höchst ehrenwerte Position allenfalls konstruktiv hinterfragen möchte.

"Keine Alternativen"

Zunächst einmal stimmt es nicht, dass Ihnen keine Alternativen angeboten werden. Immerhin sind 34 - vierunddreißig!! - Parteien zur Bundestagswahl zugelassen. Dar-unter soll für Sie keine Alternative sein? Wie steht es denn mit der "Tierschutzpar-

tei" oder der "PBC, der Partei Bibeltreuer Christen"? Alternativ treten auf jeden Fall auch "DIE VIOLETTEN - Partei für spirituelle Politik", die "Bergpartei - die 'Überpartei'" und die "PARTEI DER VERNUNFT" an. Und erst recht wäre doch die auch zugelassene "Partei der Nichtwähler" - Nr. 28 auf der Liste des Bundeswahlleiters - etwas für Sie. Wenn Sie abwinken und darauf verweisen, dass Sie allein die etablierten vier bis fünf Parteien, die Chancen haben, an die Macht zu kommen, der Alternativlosigkeit zeihen, dann müssen Sie sich glatt ein wenig *Ignoranz* vorhalten lassen. Ist es doch gerade ein Zeichen hiesiger demokratischer Freiheit, dass sich die mit der Politik Unzufriedenen zusammenschließen, für ihre aparten Anliegen eine eigene Partei gründen und sich dann zur Wahl aufstellen. Ist Ihnen das keinerlei Beachtung wert? Gehen Sie denn allein zur Wahl, um diejenigen Parteien zu stützen, die seit Jahrzehnten die *Macht untereinander aufteilen*? Ist Ihnen - im Unterschied zu den diversen Parteigründern mit ihren von der Bundeswahlleitung immerhin anerkannten Anliegen - nie die Idee gekommen, dass man auch einmal die Frage stellen könnte, wie das Kartell der Regierungsparteien eigentlich zu Ihren Anliegen steht? Aber wer nur *Alternativen*, also erkennbare *Unterschiede* in Wahlprogrammen sucht - *welche auch immer!* -, der will eben nur das und hat gar nicht das Problem, das er immerhin eine Regierung wählt, die dann mit Gesetzen seinen Alltag *bestimmt*.

Verstehen könnte man schon, dass Sie sich solche Gedanken abgeschminkt haben. Denn das Wahlprozedere schließt immerhin definitiv aus, mit eigenen Wünschen, schon gar mit den Alltagsanliegen in Sachen Arbeit und Einkommen, Gesundheit und Urlaub, Mieten und Preisen in die Wahlkabine zu treten. Nur fragt es sich, ob Sie eigentlich den richtigen Schluss aus einem Wahlrecht gezogen haben, demzufolge ein Stimmzettel *ungültig* ist, wenn auf ihm mehr als nur das Kreuz steht. Sie haben gefolgert, dass es dann - wenn man schon zum Analphabeten degradiert wird und eigene Wünsche in der Wahl nichts zu suchen haben - angesagt ist, sich allein jenen Parteien zuzuwenden, die Ihre Stimme für nichts anderes gebrauchen als für die Eroberung der Regierungsmacht, also für eine Politik, die deutschnationalen Interessen gewidmet ist; und die überdies Chancen haben, diese Macht auch zu erringen. Das ist - mit Verlaub - eine weitere Form der Ignoranz, nämlich gegenüber der Frage, was man eigentlich als Bürger von jener Politik zu erwarten hat, die per Gesetz untersagt, den Politikern in der Wahl mit eigenen Anliegen zu kommen!

Aber wenn Sie sich schon zu dieser Haltung durchgerungen haben, dann darf Sie die Alternativlosigkeit im Angebot der großen Volksparteien nun wirklich nicht verwundern. Wenn all diese Parteien - CDU, CSU, SPD, FDP, GRÜNE - ihr Programm auf die Frage zugeschnitten haben, was denn heute für *Deutschland* am Besten ist,

und wenn überdies all diese Parteien untereinander koalieren können - in den Bundesländern wird das vorgemacht -, dann zeugt das davon, dass sie nun einmal in Grundzügen derselben Auffassung sind, was denn Deutschland gut tut. Das ist wirklich kein Wunder: Ausübung von Macht für nationale Anliegen diktiert eben die Parteiprogramme - bis zur Ununterscheidbarkeit. Man muss Sie fragen: Wollen Sie bloß Alternativen - *welche auch immer!* - beim Wählen haben oder wollen Sie, dass diejenigen Parteien an die Macht kommen, die sie schon immer unter sich aufgeteilt haben? Beides zusammen geht nicht. Da nützt auch eine Denkmittel-Nichtwahl nichts.

"Politiker lügen und werben mit leeren Versprechungen"

Das wissen Sie also schon jetzt, d.h. bevor die Politiker Regierungsgeschäfte übernehmen, Gesetze beschließen und umsetzen lassen. Klar, Sie wissen das aus *Erfahrung* mit den letzten Wahlen, die Sie - als überzeugte Wähler, die Sie sind - nicht ausgelassen haben. Und Sie wissen dies als *Realisten*, die doch auf Parolen von Politikern nicht hereinfallen, mit denen Ihnen, den Wahlbürgern, Versprechungen gemacht werden. Wenn da welche mit Ankündigungen aufwarten, sie würden Ihre Mieten senken, Ihre Strompreise deckeln, Ihre Steuern senken und Ihnen überdies Ihnen eine ordentliche Rente - so um 850€ gilt die Rente als ordentlich - sichern, dann sind sie für Sie *unglaublich*. Das ist nachvollziehbar, denn daran haben Sie sich gewöhnt, dass vor wie nach der Wahl für Sie das Leben nicht anders wird: Geld muss man zusammenkratzen, um Schulden mit horrenden Zinsen kommt man nicht herum, der Arbeitsplatz ist nicht sicher, die Gesundheit zu teuer und die Altersarmut gewiss. Aber wehe, da kommt ein Politiker bzw. eine Partei daher und verspricht, mit all dem aufzuräumen! Der kann sich der versammelten Kritik der Denkmittel-Nichtwähler - und übrigens auch der meisten *Wähler* - sicher sein: Populisten heißen die dann. Zufrieden wären Sie also mit Politikern, die Ihnen ankündigen, dass die Zeiten schwerer werden, gerade für die "kleinen Leute" und dass man sich da nichts vormachen soll. Das sind die glaubwürdigen Politiker, für die könnten Sie sich erwärmen und denen könnten Sie glatt ihre Stimme geben! Wer also für Ehrlichkeit, Realismus und Glaubwürdigkeit von Politikern im Wahlkampf ist, der nimmt Partei für Politik, bei der es um die materiellen Alltagsanliegen der Wähler schlecht bestellt ist. Wissen Sie eigentlich, dass sich genauso die Politiker ihre Wahlbürger wünschen!

Und noch etwas sei angemerkt: Sie lassen sich gar nicht erst täuschen. Sie wissen ja schon *im* Wahlkampf, welche Parole und welche Ankündigung verlogene Werbung ist. Dann aber könnten Sie auch zur Wahl gehen. Dann streichen Sie einfach die offensichtlich zur Wahlwerbung gehörigen Lügen und leeren Versprechungen durch

und wählen das, was als Programm bleibt. Immerhin haben Sie dann den Gewinn, sich einmal mehr als Durchblicker betätigt und bestätigt zu haben. Das ist doch auch etwas.

Fazit

Eigentlich und bei genauer Betrachtung hat dieser Denkwahl-Nichtwähler fast nur gute Gründe, ohne schlechtes Gewissen zu Wahl zu gehen. Seine Beschwerden weisen ihn als geradezu idealen Wähler aus, der sich von der Wahl nichts für sich verspricht und allein eine stabile Regierung für Deutschland will. Gemessen daran ist der Entschluss, den damit befassten Politikern per Nichtwahl einen Denkwahl zu verpassen, ein recht kleingeistiger moralischer Akt.

Überdies muss festgehalten werden, dass all das, was diese Nichtwähler sich zusammendenken, sowieso nicht dort ankommt, wo der Denkwahl eigentlich landen soll, bei den Politikern. Wie auch jeder *abgegebene* Wahlzettel von Stamm-, Wechsel- oder Protestwählern zählt auch der *nicht abgegebene* Stimmzettel nur quantitativ, als eine - in Zahlen 1 - Wahlenthaltung. Die Denkwahl-Nichtwähler fallen obendrein allein in eine Prozentzahl: xy% Nichtwähler. Bei denen interessieren Gründe, Motive, Überlegungen für ihre Enthaltung ebenso wenig wie bei den Wählern. Deren Zettel - und dafür ist die Reduzierung des Wählervotums auf pure Quantität notwendig - werden zusammengezählt und zu stabilen Koalitionen zusammengebacken; stabil deswegen, weil die Opposition eine Legislaturperiode vom Regierungsgeschäft ferngehalten werden soll. Und stabil auch noch in einem weiteren Sinn: Auch das Wahlvolk soll Ruhe geben. Dem Wähler wird nämlich mitgeteilt: "Ihr habt uns gewählt, jetzt sind wir dran und ihr habt Ruhe zu geben." Gleiches wird aber auch dem Nichtwähler bedeutet: "Wer nicht wählt, hat das Recht zum Meckern verwirkt!"

So blamiert das Verfahren der Wahl diese Nichtwähler. Ihre Überlegungen fallen bei der Wahl, bei diesem Hochamt freiheitlicher Volksbeteiligung, schlicht unter den Tisch - wenn sie nicht gerade von einem Herrn Jauch eine Sendung lang als eine beachtenswerte, im Kern hochanständige politische Meinung hofiert werden.

Eines steht damit fest: Die zur Wahl stehenden Politiker müssen sich angesichts dieser Denkwahl-Nichtwähler keine Sorgen machen. Dieser Gruppe von Nichtwählern mangelt es weder an Loyalität noch ist sie von Politikverdrossenheit umgetrieben - von jeder weitergehenden Kritik an der Wahl ohnehin abgesehen.¹ Das Umgekehrte ist der Fall. Und es ist anzunehmen, dass auch dann, wenn bei dieser Wahl die Grup-

¹ Zu empfehlen wäre hierzu das jüngst erschienene Heft von P. Decker (Hrsg.), Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft, München 2013 (241 S., 14,80€)

pe der Nichtwähler *insgesamt* erneut die "größte Partei" darstellt, die Politik beim Regieren über das Volk genau so wenig Probleme hat wie in der Vergangenheit. Leider!



Über den Autor:

*Freerk Huisken, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuisken.de
info@fhuisken.de

► [Alle GegenReden von Freerk Huisken im Magazin AUSWEGE](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

auswege@gmail.com